

Eun-Jeung Lee

Die Deutsche Einheit aus koreanischer Sicht

Was bedeutet die Deutsche Einheit für das seit 1948 geteilte Korea, insbesondere für Südkorea? Einerseits weckt sie die Hoffnung, dass die Wiedervereinigung auch für Korea nicht nur ein Traum bleibt. Andererseits nährt sie aber auch die Sorge, dass das Land eine solche Herausforderung nicht bewältigen könnte.

Unmittelbar nach dem Mauerfall blickte man voller Zuversicht nach Deutschland, weil man dort gesehen hatte, dass auch eine lang anhaltende Teilung überwunden werden kann. Außerdem hatten bis dahin die meisten geglaubt, dass sich Korea vor Deutschland wiedervereinen würde, da es, anders als Deutschland, keinen Souveränitätseinschränkungen, wie den Vorbehalten der vier Siegermächte gegen ein starkes Deutschland, unterlag. Dass die Deutsche Einheit trotzdem zustande gekommen war, beflügelte die positiven Erwartungen der Südkoreaner umso mehr.

Schon 1990 begann man deshalb in Südkorea, von einer »Einigung durch Absorption« (*hubsu t'ongil*) zu sprechen. Dahinter stand die Hoffnung, dass auch auf der koreanischen Halbinsel bald etwas Ähnliches geschehen würde. Genährt wurde während der Regierungszeit von Kim Young Sam (1993–1997) zudem die Erwartung, dass Nordkorea bald zusammenbrechen würde. Es wurden mehrere mögliche Szenarien eines solchen Zusammenbruchs ausgearbeitet und über entsprechende Strategien nachgedacht.

Dabei wurden auch die Kosten der deutschen Einigung thematisiert. Es kam die Sorge auf, dass eine Wiedervereinigung zu einer zu großen Belastung für Südkorea werden könnte. Da viele Kostenschätzungen in die Öffentlichkeit gelangten, begann man den unbedingten Willen zur Wiedervereinigung zu hinterfragen.

Ungeachtet dieser Hoffnungen, Sorgen und Interpretationen ist die Deutsche Einheit in Südkorea aber weiterhin ein Thema, für das sich so gut wie alle interessieren. Es gibt eine breite wissenschaftliche Debatte und man findet kaum einen koreanischen Politiker oder Journalisten, der sich noch nicht zur Deutschen Einheit geäußert hätte.

In den Debatten über die deutsche Einheit spielen Begriffe wie Absorption, Kosten, negative Folgen der Einheit und innere Einheit eine zentrale Rolle. Diese Begriffe tauchten bereits im ersten Halbjahr 1990 in den koreanischen Medien auf. Auch wenn man sich mit der Wiedervereinigung Deutschlands befasste, tat man dies auch vor dem Hintergrund der eigenen historischen Erfahrungen, der eigenen politischen Gegebenheiten und der eigenen Hoffnungen und Befürchtungen. So wurde die Deutsche Einheit zur Projektionsfläche für die politischen und persönlichen Vorstellungen über das künftige Schicksal Koreas, sei es mit oder ohne Einigung.

Dies lässt sich am Schlagwort »Einigung durch Absorption« gut ablesen. Dieser Begriff wurde von Kim Il Sung bereits 1988 und 1991 in seinen Neujahrsansprachen benutzt. Das Krisenbewusstsein der nordkoreanischen Führung kam darin klar zum Ausdruck. Bis heute scheint die nordkoreanische Führung Angst vor einer »Einigung durch Absorption« zu haben.

In Südkorea wurde dieser Begriff ab 1990 geradezu zum stereotypen Erklärungsmuster für die Deutsche Einheit. Schon unmittelbar nach der Volkskammerwahl am 18. März 1990 tauchte dieser Begriff in Leitartikeln südkoreanischer Zeitungen auf. Überhaupt ist »Absorption« der Begriff, der in Leitartikeln südkoreanischer Tageszeitungen zu diesem Thema

»Einigung durch Absorption«

zwischen 1990 und 2014 am häufigsten verwendet wurde.

Sowohl in Nord- als auch in Südkorea wird die Deutsche Einheit auf diese Weise wahrgenommen. Das rührt auch daher, dass die Beziehung zwischen den beiden Staaten seit dem Koreakrieg nicht als Systemkonkurrenz, sondern als eine Feindschaft verstanden wird, die letztlich nur durch Vernichtung des anderen gelöst werden kann. Aus dieser Sicht kann es bei einer Einigung nur einen Sieger und einen Verlierer geben. Dementsprechend nimmt man auch die Deutsche Einheit als einen Sieg West- über Ost-Deutschlands wahr.

Das zweite Schlagwort von den »Kosten der Einheit« hat in Südkorea schon zu Beginn der 90er Jahre die Vorstellung von einer schnellen Vereinigung der beiden Länder zerstört. Im Kern geht es hier um die Frage, ob Südkorea die von manchem als astronomisch hoch betrachteten Kosten überhaupt tragen könnte. Zugleich zeigten Meinungsumfragen, dass insbesondere jüngere Generationen in Südkorea lieber auf die Wiedervereinigung verzichten würden, wenn sie deshalb wirtschaftliche Einschränkungen hinnehmen müssten. Insgesamt hat sich dadurch der Fokus des Diskurses von der Politik auf die Wirtschaft verlagert.

Infolgedessen nimmt die Kostenfrage auch in der Politik einen wichtigen Platz ein. Es hat sich ein breiter Konsens gebildet, demzufolge Nordkorea geholfen werden müsse, sich wirtschaftlich zu entwickeln, um damit die späteren Kosten einer möglichen Einigung zu verringern. Allerdings gehen die Meinungen darüber, wie Nordkorea zu helfen sei, weit auseinander: Im progressiven, demokratischen Lager befürwortet man sofortige und umfangreiche Hilfeleistungen. Hingegen knüpft man im konservativen Lager die Unterstützung des Nordens an bestimmte Bedingungen wie z.B. den Verzicht auf Nuklearwaffen. Gleichzeitig geht man im konservativen Lager aber davon aus, dass die wirtschaft-

lichen Vorteile einer Wiedervereinigung die Kosten der Einheit überwiegen würden.

Hier stehen sich also zwei Positionen unversöhnlich gegenüber. So gibt es in Fragen der Wiedervereinigung nicht nur einen Nord-Süd-, sondern auch einen Süd-Süd-Konflikt. Das Thema ist so dogmatisch besetzt, dass deutsche Experten, die erklären, dass die Deutsche Einheit nicht auf der Grundlage einer wirtschaftlichen Gewinn- und Verlustrechnung verwirklicht wurde, kaum Gehör finden.

Die beiden anderen Schlagworte, die die koreanischen Diskurse prägen – »negative Folgen der Einheit« und »innere Einheit« – weisen Ähnlichkeiten mit den medialen Diskursen in Deutschland auf. Deshalb werden die deutschen Medien häufig zitiert. Man kann dennoch nicht sagen, dass es einen direkten Einfluss der deutschen Medien gäbe, da diese Themen bereits im Frühjahr 1990 einen wichtigen Platz in den koreanischen Diskursen einnahmen.

Während in Deutschland die Verhandlungen über den Staatsvertrag auf Hochtouren liefen, befassten sich in Südkorea die Autoren vieler Leitartikel mit den aus ihrer Sicht unvermeidlichen und heftigen Konflikten zwischen west- und ostdeutschen Bürgern. Offensichtlich war es in erster Linie die Feindschaft zwischen den beiden koreanischen Staaten, die sie diese Perspektive einnehmen ließ.

Allerdings bedeutet das nicht, dass sich die koreanischen Diskurse unabhängig von der Einigungserfahrung in Deutschland entwickelt hätten. Alle – Politiker, Journalisten und Wissenschaftler – sammelten im Rahmen ihrer Möglichkeiten Informationen über die deutsche Erfahrung und über die Debatten, die dazu in Deutschland selbst geführt wurden. Dabei verfuhr sie, was nicht verwundert, selektiv mit dem Blick der Außenstehenden und durch die Diskurse in Korea geprägt.

Zu dieser Logik der Verhältnisse gehört es, dass südkoreanische Politiker, Jour-

Kosten der Einheit

nalisten und Wissenschaftler ständig betonen, man müsse von der deutschen Erfahrung lernen. Deshalb greifen sie immer wieder gerne auf deutsche »Experten« und Meinungsträger zurück, wobei auffällt, dass oft Meinungen gesucht werden, die gut zu den eigenen Vorstellungen passen. Auf diese Weise werden die Vorurteile auf koreanischer Seite mit Hilfe von deutschen »Kronzeugen« bestärkt.

Dieses selektive Vorgehen wird in der Kulturwissenschaft schon seit längerem kritisiert. Die Europäer hätten über die Jahrhunderte ihre Bilder von nichteuropäischen Kulturen immer nur entsprechend ihrer eigenen Bedürfnisse konstruiert. In den koreanischen Diskursen über die Deutsche Einheit geschieht nun nichts anderes. Das muss man nicht kritisieren, denn es ist laut Karl Jaspers nur menschlich, dass man ausgehend von den eigenen Wertschätzungen das Andere betrachtet und in sich aufnimmt.

Wenn es aber eine wirkliche Vermittlung zwischen den Diskursen beider Länder geben soll, dann muss diese Besonderheit, also die konstruierte, selbstbezogene Logik der nationalen Diskurse, berücksichtigt werden. Erst dann kann ein Wissenstransfer fruchtbar werden. Davon sind wir aber in der Frage nach der Wiedervereinigung Koreas immer noch weit entfernt.

Ein echter Wissenstransfer wäre sehr wünschenswert, weil die koreanischen Diskurse über die deutsche Einheit direkt und indirekt die Wiedervereinigungspolitik auf der Halbinsel beeinflussen. Sowohl das progressive als auch das konservative Lager berufen sich, trotz ihrer ausgeprägten Meinungsunterschiede, auf die deutsche Erfahrung. Dabei wäre es eigentlich notwendig, die Ungereimtheiten in beiden Lagern durch eine andere Art des Erfahrungsaustausches aufzulösen.

Im progressiven Lager, das früher von den Präsidenten Kim Dae Jung und Roh Moo Hyun angeführt wurde, glaubt man, dass die Neue Ostpolitik von Willy Brandt

die Grundlage der deutschen Einheit geschaffen habe. Deshalb liegt der Schwerpunkt der Nordkoreapolitik hier auf Versöhnung und Annäherung. Diese sei zudem die beste Methode, um die Kosten der Einheit zu reduzieren und ihre negativen wirtschaftlichen und sozialen Folgen zu vermeiden. Aus dem deutschen Einigungsprozess nach 1989 könne man höchstens mit Blick auf dort gemachte Fehler lernen.

Hingegen glaubt man im konservativen Lager, zu dem die Präsidentin Park Keun Hye und ihr Vorgänger Lee Myung Bak gehören, dass die Deutsche Einheit ein Sieg der BRD über die DDR gewesen sei. Dieser *Wiedervereinigung als Glücksfall* sei in erster Linie auf die wirtschaftliche Überlegenheit Westdeutschlands zurückzuführen. Seit 2008 wird zudem argumentiert, Deutschland habe dank der Einheit zur führenden Macht in Europa aufsteigen können. Gerade deshalb bezeichnete die Präsidentin Park Keun Hye die Wiedervereinigung als einen »Glücksfall« (*tongil taebak*). Außerdem betonen sie und ihre Anhänger, dass die Einigungskosten geringer ausfallen würden als die wirtschaftlichen Vorteile durch die Einheit. Deshalb müsse Südkorea zur Vorbereitung die eigene Wirtschaft stärken und so viel wie möglich von den konkreten Erfahrungen Deutschlands lernen.

Die Diskurse der beiden Lager unterscheiden sich erheblich. Was aber von beiden vollkommen übersehen wird, ist die Rolle der ostdeutschen Bürgerbewegung vor dem Fall der Mauer. Das ist vermutlich das größte Manko in der Wahrnehmung der deutschen Einigung in Südkorea. Freilich kann man nicht erwarten, dass das gesamte Spektrum der Deutschen Einheit eins zu eins in die koreanischen Diskurse einfließt. Dazu sind die Gegebenheiten vor Ort zu speziell. Zugleich ist dies eine Herausforderung für den Wissenstransfer: Die deutschen Berater sollten den Kontext der koreanischen Diskurse, einschließlich der po-

litischen Eigentümlichkeiten, besser kennen, während umgekehrt die koreanischen Träger des Wissenstransfers die Rahmenbedingungen der deutschen Diskurse und der deutschen Politik besser verstehen sollten. Insofern besteht immer noch ein großer Bedarf an vertieftem Informationsaustausch zwischen Deutschland und Korea.

Oft wird die Frage gestellt, wann mit einer Wiedervereinigung Koreas zu rech-

nen sei, und ob es, trotz völlig anderer historischer, gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und kultureller Gegebenheiten für Korea überhaupt etwas von der deutschen Erfahrung zu lernen gäbe. Wie auch immer man diese Frage beantwortet, die Deutsche Einheit bleibt für Korea die einzige Erfahrung einer friedlichen Integration von zwei unterschiedlichen, jedoch hoch entwickelten Systemen.



Eun-Jeung Lee

ist Professorin an der FU Berlin und leitet dort seit 2008 die Abteilung für Koreastudien. Ihre Forschungsschwerpunkte sind interkulturelle politische Ideengeschichte und politische Theorie sowie Politik, Gesellschaft und Kultur in Korea und Ostasien.
eun-jeung.lee@fu-berlin.de

Christoph Zöpel

Jordanien zwischen tribalistischer Gesellschaft und globaler Entwicklung

Im Mittleren Osten und damit auch in Jordanien überschlagen sich in letzter Zeit die Ereignisse, aber die Strukturen, in denen sie bewältigt werden, verändern sich nur langsam. Seit Sommer 2014 verbreitet der IS jenseits der östlichen Grenze des Landes Terror, Flüchtlingsströme aus Syrien nehmen zu, die militärische Abhängigkeit von den USA wird deutlicher. Diese Ereignisse werfen Schlaglichter auf ein Land, das zwischen alten tribalistischen Strukturen, Korruption, Arabischem Frühling und der Hoffnung auf Demokratie hin- und hergerissen wird.

Im Frühjahr 2011, als der Arabische Frühling frisch angebrochen war, herrschte bei der jüngeren akademischen Generation interessierter Optimismus. Der Tahrir-Platz in Kairo wurde als öffentlicher Raum mit seinen Möglichkeiten zu transparenter Demokratie entdeckt. Dass mediale Kommunikation diesen Frühling vorantrieb, war für die Menschen, deren Bildung wesentlich auf der Nutzung des In-

ternets beruht, fast eine soziale Selbstverständlichkeit. Letzten Endes hat der Arabische Frühling in Jordanien allerdings zu einer Lethargie geführt – verglichen mit der Entwicklung in Syrien aber auch für kritische Jordanier eine immerhin noch harmlose Folge.

In der gesamten Region konzentrierten sich die »Frühlingsakteure« auf vielfältige Anklagen wegen Korruption – gegen die gestürzten Präsidenten, aber auch gegen andere relevante Akteure, in Jordanien besonders jene im Bausektor, der ausschlaggebend ist für die räumliche wie für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Der Ausspruch »Wer nichts tut, kann nicht korrupt werden« wurde zu einer Erklärung für den vorherrschenden Stillstand in weiten Bereichen der städtischen Entwicklung, vor allem in der Metropole Amman, mit noch drei, vielleicht aber schon bald bis zu sechs Millionen Einwohnern.

Die Suche nach Erklärungen für diese Verhaltensmuster führt zurück in die lange